



Stadt Braunschweig

Herrn Oberbürgermeister
Ulrich Markurth
Platz der Deutschen Einheit 1

38100 Braunschweig

Ihr Zeichen Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
Hn-Och

Telefon
0531 – 54995

Datum
05.06.2017

Betr.: Baugebiet ehemaliger Sportplatz Kälberwiese

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Siedlerverein Alt-Petritor e. V., der sich als Bürgerverein für den Stadtteil Alt-Petritor versteht, hat mit einiger Besorgnis den Beitrag in der Braunschweiger Zeitung vom 03. Juni 2017 mit dem Titel „Erdtransporte auch über die Kälberwiese?“ zur Kenntnis genommen. Diese Besorgnis ist Anlass für unser Schreiben an Sie.

Es handelt sich zwar „nur“ um eine Forderung der Stadtteilkonferenz Süd im Westlichen Ringgebiet. Nach der Forderung von ihr und/oder Mitgliedern sowie nahestehenden Bezirks- und Ratsmitgliedern, den Erschließungsverkehr zwischen Madamenweg und Kälberwiese aufzuteilen, ist es nunmehr eine zweite Forderung, die Verkehrsbelastung, diesmal für die Erdtransporte, ebenfalls aufzuteilen. Soweit aus der Planungsverwaltung bekannt, lehnt man aber dort schon die Aufteilung des Erschließungsverkehrs ab.

Als Siedlerverein stimmen wir insoweit mit der Planungsverwaltung überein und betonen nachdrücklich, dass eine Führung der Erdtransporte durch das Gebiet Alt-Petritor/Kälberwiese unter allen Umständen unterbleiben muss, weil die bei einer Durchleitung zwangsläufig zu durchfahrenden Straßen Feldstraße, Kälberwiese und Amselstraße für derartige Schwertransporte von der Breite und Bauweise her absolut ungeeignet sind. Der Charakter dieser Wohngebietsstraßen würde völlig missachtet.

Wir haben inzwischen der Vorlage – 17-04702 entnommen, dass der Bodentransport über eine Baustraße entlang der A 391 zwischen Feldstraße und Madamenweg und weiter über den Madamenweg stadtauswärts zum Raffteichbad erfolgen soll. Wir bitten Sie, wenn das Planungsvorhaben Kälberwiese realisiert wird, darauf hinzuwirken, dass die Bodentransporte über Baustraße, Madamenweg, Raffteichbad durchgeführt werden und aus den vorgenannten Gründen keinesfalls über den Stadtteil Alt-Petritor.

Unabhängig von der Führung der Transporte haben die Höhe der finanziellen Aufwendungen für die Bodensanierung und die Zahl der Transporte bei uns ernsthafte Zweifel geweckt, ob eine Bebauung aus Gründen des Umweltschutzes überhaupt vertretbar ist. Eine Aussage zur Umweltproblematik unter Einbeziehung der vorgenannten Umstände ist uns bisher nicht bekannt geworden. Möglicherweise ist eine derartige umfassende Überprüfung auch noch nicht durchgeführt worden.

Bei den Kosten erscheint die Belastung wegen des zugesagten Zuschusses von 3 Mio. € für die Stadt weniger beeindruckend. Auch der Landeszuschuss ist aber Geld des Steuerzahlers und darf bei einer Betrachtung der Wirtschaftlichkeit nicht vernachlässigt werden. Bei 6 Mio. € Sanierungskosten entfallen bei maximal 600 Wohneinheiten 10.000 € auf jede Wohneinheit, bezogen auf die baulich nutzbare Fläche sind dies ca. 100 € pro Quadratmeter. Hier muss die ernsthafte Frage gestellt werden dürfen, ob ein derartiger Aufwand überhaupt vertretbar ist.

Umweltpolitisch muss die Zahl der notwendigen Transporte außerordentliche Bedenken hervorrufen. Der Verbrauch von Dieselkraftstoff und die durch die Verbrennung ausgestoßenen CO₂- Abgase bei 4.000 Last- und 4.000 Leerfahrten, dazu vielleicht 3.000 Last- und 3.000 Leerfahrten für den Ersatz des belasteten Bodens durch unbelasteten, erwecken den Eindruck, dass hier eine Maßnahme durchgeführt werden soll, die allen umweltpolitischen Grundsätzen Hohn spricht. Die Anzahl von vielleicht 14.000 Lkw-Fahrten für eine – sieht man von der beabsichtigten Bebauung ab – nicht zwingende Bodensanierung erscheint kaum vorstellbar und völlig absurd. Ob in den 6 Millionen € alle Kosten der Bodensanierung enthalten sind, erscheint uns fraglich. Haben Sie bitte Verständnis, dass uns diese Begleitumstände der Bodensanierung unabhängig von einer möglichen Belastung unseres Stadtteils sehr beunruhigen.

Wir möchten die Gelegenheit nutzen, um hinsichtlich der Bebauungsplanung unsere Bedenken ein weiteres Mal vorzutragen:

1. Das Planverfahren ist von Beginn an mit einem Mangel behaftet, weil offenbar von Anfang an vier- bis fünfgeschossiger Geschoßwohnungsbau geplant wurde, ohne entsprechend den Grundsätzen des Baugesetzbuches eine grundsätzliche und unvoreingenommene Prüfung vorzunehmen, für welche Bebauung das Grundstück überhaupt geeignet ist. Bei einer Besprechung in der Planungsabteilung vor 2 (!) Jahren wurde der entsprechende Einwand des Rechtsunterzeichneten damit abgetan, die Sache sei schon entschieden.
2. Weitere Einwände über die problematische Erschließungssituation, die Entfernungen zum ÖPNV, zu Schulen, zu Einkaufsmöglichkeiten wurden nicht überzeugend widerlegt oder blieben völlig unbeantwortet.
3. Im Hinblick auf die Lärmbeeinträchtigung durch die Westtangente, A 391, enthält eine schriftliche Information der Planungsverwaltung den Hinweis, dass wegen der Lärmbelastung durch die A 391 „empfindliche Wohn- und Schlafbereiche“ auf die entgegengesetzte Seite angeordnet werden sollen. Das heißt, es gibt kein Wohnzimmer mit Balkon oder Loggia, um die Abendstimmung im Westen zu genießen, obwohl gerade dies ein erwünschtes Stück Lebensqualität ist.
4. Als der Rechtsunterzeichnete kürzlich in einer Bürgerfragestunde fragte, ob nicht Einfamilien- und Reihenhäuser für die Bebauung auf dem Gelände wegen der Lärmimmissionen geeigneter seien, antwortete ein leitender Vertreter der Planungsverwaltung, der Schallschutz sei bei vier- und fünfgeschossigem Geschoßwohnungsbau einfacher zu bewältigen. Ein zufällig anwesender Stadtplaner im Ruhestand erklärte dem Rechtsunterzeichneten, diese Aussage sei unzutreffend. Geht man davon aus, so zeigt die Antwort ein nicht selten zu beobachtendes Verhalten, dass jemand, auch um den Preis der Unwahrheit, als Sieger aus der kontroversen Situation herauskommen will.
5. Als außerordentlich merkwürdig haben wir den Vergleich der Planung für das Gebiet Kälberwiese und das Gebiet des ehemaligen Heinrich der Löwe-Kaserne empfunden. Der Siedlerverein hat stets argumentiert, dass in das Gebiet Kälberwiese wegen der vorhandenen Nachbarbebauung und der größeren Entfernung zu Infrastruktureinrichtungen viel besser eine Eigenheim- und Reihenhausbauung passt als der geplante Geschoßwohnungsbau. Es kann nur verwundern, dass ca. 200 Eigenheim- und Reihenhäuser mit unmittelbarem Anschluss an Straßen und ÖPNV in Rautheim geplant worden sind, wo man eigentlich eher Geschoßwohnungsbau erwarten würde. Auf diese Widersprüchlichkeit ist nicht ernsthaft eingegangen worden.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
wir bitten um Verständnis, dass wir uns zum Planverfahren „Kälberwiese“ so umfangreich geäußert haben. Wir halten es aber für geboten, dass im Interesse unserer Mitglieder und Mitbürger mögliche Rechtsfehler bei einem für unseren Stadtteil außerordentlich belasteten Planverfahren frühzeitig ausgeschlossen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Heine, Vorsitzender
Siedlerverein Alt-Petritor e.V.

Hans Ochmann, Stellvertreter
Siedlerverein Alt-Petritor e.V.